presse

Union sucht schnelle und billige, nicht beste Endlagerlösung

Anlässlich der heutigen Pressekonferenz des Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gorleben-Untersuchungsausschuss Reinhard Grindel, erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow:

In seiner heutigen Pressekonferenz betonte Herr Grindel mehr als einmal, dass nicht das beste, sondern nur ein geeignetes Endlager gesucht sei. Die Union erhofft sich durch die zügige Präsentation eines Endlagers, dass der Widerstand gegen die Atomkraft sinkt und man so noch viel länger auf diese veraltete Energieform setzen kann, erklärt Marco Bülow.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Suche nach der bestmöglichen Endlagerlösung. Aufgrund des immensen Ausmaßes und der unendlich scheinenden Dauer der Gefahr, die von hochstrahlendem Atommüll ausgeht, kann es keine Alternative dazu geben. Die Union ist da leider anderer Meinung.

In seiner heutigen Pressekonferenz betonte Herr Grindel mehr als einmal, dass nicht das beste, sondern nur ein geeignetes Endlager gesucht sei. Die Suche nach dem besten Endlager würde zu lange dauern und man könne nicht 300 Jahre warten. Die Einrichtung eines Endlagers in absehbarer Zeit sei eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Generationengerecht ist aber etwas anderes: Die Politik muss die Probleme, die sie mit der Entscheidung für die Atomenergie geschaffen hat, so lösen, dass folgende Generationen so wenig wie möglich darunter leiden müssen. Es geht nicht um "husch husch" und um Selbstzufriedenheit, das Dilemma mit der ungeklärten Entsorgungsfrage für Atommüll scheinbar beseitigt zu haben. Es geht um die Gesundheit unzähliger folgender Generationen.

Das Motiv "Generationengerechtigkeit" ist von der Union zudem nur vorgeschoben. Herr Grindel hat in seiner Pressekonferenz darauf hingewiesen, dass ihm bewusst sei, dass die Skepsis gegenüber der Atomenergie bei der Mehrheit der Bevölkerung auch daher rührt, dass die Endlagerfrage ungeklärt sei. Die Union erhofft sich durch die zügige Präsentation eines Endlagers, dass der Widerstand gegen die Atomkraft sinkt und man so noch viel länger auf diese veraltete Energieform setzen kann.

Dass die Union die Suche nach alternativen Standorten ablehnt, machte Herr Grindel heute auch noch einmal klar: Hierzu müsse ja zusätzlich Geld investiert werden. Das wollen CDU/CSU ihren Freunden von der Atomlobby sicher nicht zumuten.